

Ralf Ruckus

Hintergründe der Proletarisierung und Klassenneuzusammensetzung in China

Die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) hat das Land im Zuge der 1980er und 1990er Jahre von einer sozialistischen Planwirtschaft in eine kapitalistische Ökonomie umgewandelt und in die globale Ökonomie integriert. Die Zeit der Reformen war bestimmt von sozialen Auseinandersetzungen und einem staatlichen Krisenmanagement, das sich als flexibel und anpassungsfähig erwies.

In der ersten Phase der Reformen, von 1978 bis 1992, wurden zunächst die sozialistischen Volkskommunen auf dem Land aufgelöst. Der Boden blieb staatliches beziehungsweise kommunales Eigentum, wurde jedoch Anfang der 1980er Jahre im Rahmen des „Haushaltsverantwortungssystems“ an die bäuerlichen Familien verpachtet. In der Folgezeit kam es zu einer Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktivität und einer Verbesserung der ländlichen Einkommen. Mitte der 1980er Jahre begann der Umbau der staatlichen Kombinate (*danwei*) in den Städten. Die Kombinateleitungen erhielten größere Befugnisse, während der Partei- und Gewerkschaftseinfluss verringert wurde. Ein Arbeitsvertragssystem für Neueingestellte ersetzte nach und nach die lebenslangen Beschäftigungsverhältnisse und führte zur Herausbildung eines Arbeitsmarktes. In dieser Zeit holte die Regierung auch die ersten ausländischen Unternehmen ins Land und richtete Sonderwirtschaftszonen für Exportindustrien ein. Anders als auf dem Land führten die Maßnahmen in den Städten nicht zu den erwarteten Verbesserungen. Bereits Mitte der 1980er Jahre kam es zu Streiks und Demonstrationen. Den Höhepunkt bildete die Mobilisierung im Frühjahr 1989, der sich in vielen Städten StudentInnen, ArbeiterInnen und Teile der neuen städtischen Mittelschicht anschlossen. Sie richtete

sich nicht nur gegen Korruption und Machtmissbrauch der Kader, sondern auch gegen die Inflation und die hinter den Erwartungen zurückbleibende wirtschaftliche Lage. In den drei Jahren nach der militärischen Unterdrückung der Bewegung blieben weitere Reformen blockiert. Erst 1992 wurde innerhalb der KPCh eine Fortsetzung der Reformen auf den Weg gebracht.

In der zweiten Reformphase, von 1992 bis 2002, stieg China zum industriellen Zentrum der Welt auf. Immense Investitionen aus dem Ausland, insbesondere aus der chinesischen Diaspora in Hongkong und Taiwan, führten zu einer rasanten Industrialisierung in den Ostprovinzen, begleitet von einer raschen Urbanisierung und einem entsprechenden Bauboom. Die benötigte Arbeitskraft stellten die ArbeitsmigrantInnen, die von den Dörfern in die urbanen Zentren zogen. Der Staat flankierte den Aufbau mit der Schaffung von Infrastruktur (Sonderwirtschaftszonen, Arbeiterwohnheime) und rechtlichen Rahmenbedingungen (kontrollierte Zulassung der Migration, Arbeitsgesetze) sowie durch weitere Unterstützungsmaßnahmen (Anwerbung von ArbeiterInnen in den Dörfern für die urbane Exportindustrie). Bis Ende der 1990er Jahre wanderten über 100 Millionen LandbewohnerInnen in die Städte, um dort zu arbeiten, bis Ende der 2000er Jahre verdoppelte sich ihre Zahl noch einmal.

Mitte der 1990er Jahre führte der Staat den entscheidenden Angriff auf die staatlichen Kombinate. Sie wurden endgültig zu profitorientierten Unternehmen; vor allem kleine und mittlere Kombinate wurden privatisiert oder geschlossen. Bis Anfang der 2000er Jahre verloren über 50 Millionen staatliche Beschäftigte ihren Arbeitsplatz, viele mussten auch auf ihre Rentenansprüche verzichten. Gegen den Angriff auf die Staatsunternehmen formierten sich im „Rostgürtel“ der nordöstlichen Schwerindustrie sowie im chinesischen Hinterland größere Bewegungen von ArbeiterInnen, Arbeitslosen und RentnerInnen, die das Regime zur sozialstaatlichen Abfederung der Massenentlassungen zwangen, die Privatisierungen und Schließungen der Kombinate aber nicht verhindern konnten.

Diese Kämpfe leiteten die dritte Phase der Reformen ein. 2002 verkündete die neue Parteiführung – im Rahmen ihres Konzepts einer „harmonischen Gesellschaft“ – umfassende Wohlfahrtsmaßnahmen. Der Staat hatte bereits Ende der 1990er Jahre Fördermaßnahmen für den in der Entwicklung zurückbleibenden Westen Chinas aufgelegt, nun folgten Maßnahmen zur Unterstützung der Entwicklung auf dem Land, Versprechen zur ökologischen Umgestaltung und Sozialprogramme für WanderarbeiterInnen. Vieles ist bisher Kosmetik geblieben, anderes wird nur begrenzt umgesetzt. An der grundsätzlichen Ausrichtung des chinesischen Regimes am Wirtschaftswachstum hat sich wenig geändert. Im Rahmen dieser Ausrichtung soll die Produktion einfacher Konsumgüter in Billiglohnindustrien durch den Aufbau höherwertiger Industrien ergänzt und somit die Exportabhängigkeit reduziert werden. 2010 ist China zur zweitgrößten Ökonomie der Welt geworden. Als zentrale Fertigungsstätte und großer Absatzmarkt, als Hauptgläubiger der Weltmacht USA und vor allem auch als weltweiter Hoffnungsträger bei der Überwindung der Wirtschaftskrise ist China in die globalen Produktions- und Distributionsnetzwerke eingebunden. So drängt das Land regional und global ins politische Zentrum der Macht.

Staats- bzw. städtische ArbeiterInnen und WanderarbeiterInnen bilden bis heute zwei Arbeiterklassen, die zwar als ArbeiterInnen in denselben Fabriken oder BewohnerInnen derselben Stadtviertel miteinander in Beziehung stehen können, deren Bedingungen sich aber weiterhin grundlegend unterscheiden. Städtische ArbeiterInnen in staatlichen oder privaten Unternehmen haben eine städtische Haushaltsregistrierung (*hukou*), die sie berechtigt, in der Stadt zu leben und die städtische Infrastruktur (etwa Schulen) zu nutzen. Das *hukou*-System wurde ursprünglich in den 1950er Jahren eingeführt. Es sollte der Landflucht ein Ende bereiten und die Abpressung von auf dem Land produzierten Mehrwert für die städtische Industrialisierung und den Aufbau des Sozialismus absichern.

WanderarbeiterInnen haben einen ländlichen *hukou* und dürfen sich in den Städten bis heute nur vorübergehend und mit speziellen, an einen Arbeitsplatz gebundenen Aufenthaltserlaubnissen aufhalten. Das *hukou*-System sorgt dafür, dass die WanderarbeiterInnen in der Stadt einen unsicheren Status haben und somit leichter auszu-beuten sind. Zudem findet ein großer Teil der Reproduktion (Kindererziehung, Altenversorgung) zu niedrigeren Kosten auf dem Land statt. Der Staat will sich auch die Möglichkeit offenhalten, in Zeiten der Krise die WanderarbeiterInnen zurück aufs Land zu schicken, um sie nicht in der Stadt versorgen zu müssen.

Die erste Generation der zumeist jungen WanderarbeiterInnen, die in den 1980er und 1990er Jahren in die Städte kam, wollte vor allem Geld verdienen, um die Familie zu unterstützen, im Dorf ein Haus zu bauen sowie Schulgebühren und medizinische Behandlungskosten zu bestreiten. Nach einigen Jahren Arbeit kehrte diese Generation (zumindest vorübergehend) wieder ins Dorf zurück. Die zweite Generation, in den 2000er Jahren arbeitsfähig geworden, hat von den Erfahrungen ihrer Eltern oder älterer Verwandter gelernt und weiß, was sie in der Stadt erwartet. Sie orientiert sich nicht mehr an den Lebensbedingungen im Dorf, sondern an der Lebensweise ihrer städtischen AltersgenossInnen. Für die Frauen unter ihnen bedeutet die Wanderung auch einen Ausbruch aus den traditionellen, patriarchalen Familien- und Dorfstrukturen. Die WanderarbeiterInnen haben zwar auf dem Land weiter das Recht auf die Nutzung eines Stücks Boden, können und wollen dieses Recht aber kaum mehr in Anspruch nehmen. Sie haben nicht gelernt, einen Hof zu betreiben und Getreide oder Reis anzubauen; sie setzen auf eine Zukunft in der Stadt, auf beruflichen Aufstieg und Teilhabe am städtischen Konsum. Sie wollen nicht mehr nur Geld verdienen, um die Familie auf dem Land zu unterstützen, sondern sie wollen genug verdienen, um sich in der Stadt niederzulassen.

Diese zweite Generation stellt Forderungen und ist zunehmend bereit, die Risiken von Streiks und Demonstrationen auf sich zu

nehmen. Die Zahl der kollektiven Aktionen – sowohl der legalen (Petitionen, Beschwerden bei der Arbeitsbehörde) als auch der illegalen (Streiks, Demonstrationen) – hat in den letzten 15 Jahren stetig zugenommen, mit einem deutlichen Zuwachs der von WanderarbeiterInnen in den Exportzonen ausgehenden Aktionen ab 2003. Die Kämpfe hielten auch während der Krise 2008 an, als etwa 25 Millionen WanderarbeiterInnen ihre Arbeit verloren, nur ging es zu jener Zeit eher um die Auszahlung von Lohnrückständen und Abfindungen. Mit dem Wiederanziehen der Konjunktur – Resultat staatlicher Fördermaßnahmen und einer gewissen Erholung des Weltmarkts – drehten sich die Kämpfe nunmehr wieder mehr um Löhne und Arbeitsbedingungen. Bisheriger Höhepunkt war die Streikwelle im Frühsommer 2010, die die Industriezentren der Ostküste erfasste und vor allem (aber nicht nur) transnationale Firmen der Automobilindustrie und des Elektroniksektors betraf.

Der Staat reagiert auf die Kämpfe der WanderarbeiterInnen mit Repression gegenüber StreikführerInnen und der Unterdrückung aller Versuche, betriebsübergreifende Netzwerke aufzubauen, aber auch mit Vermittlungsangeboten (Schlichtungs- und Arbeitsgerichtsverfahren) und direkten finanziellen Hilfen für ArbeiterInnen, zum Beispiel bei Firmenbankrotten.

In den 30 Jahren der Reformen hat sich die Einkommensschere in China enorm weit geöffnet; dabei hat sich auch der Einkommensunterschied zwischen dem unterentwickelten Land und den boomenden Städten weiter vergrößert. Viele Bauern und Bäuerinnen können mit der Landarbeit gerade einmal die eigene Subsistenz sicherstellen und leben in einem angespannten Verhältnis zu den korrupten Dorfkadern. Ein großer Teil der ländlichen Einkommen kommt heute aus der Wanderarbeit von Familienangehörigen. In der Stadt sind WanderarbeiterInnensubjekte entstanden, Resultat der vergeschlechtlichten Arbeitsteilung, der Industrialisierung, des Baubooms und der Entstehung eines urbanen Dienstleistungssektors. Die WanderarbeiterInnen erledigen weiter die schlecht entlohnte, gefährliche oder dreckige Arbeit in Fabriken, auf Baustel-

len, in Haushalten oder Bordellen. Im Mittelpunkt ihrer Hoffnung auf eine bessere Zukunft steht das Niederlassungsrecht in den Städten. Das „Sich-Einrichten“ in der Stadt bleibt provisorisch, weil weder die rechtlichen Grundlagen geschaffen wurden (*bukou*) noch der Lohn reicht, um die eigene Reproduktion in der Stadt zu gewährleisten. So verharren die WanderarbeiterInnen in einem Zustand der Semi-Proletarisierung, der auf Dauer jedoch unhaltbar zu sein scheint.

Die städtische Arbeiterklasse, einschließlich der Angestellten, sieht sich durch die anhaltende Umstrukturierung und die Entlassungen in staatlichen Betrieben weiter unter Druck. In vielen Angestelltenberufen sind die Löhne in den letzten Jahren gesunken, was mit der wachsenden Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und dem Nachdrängen einer steigenden Anzahl von UniversitätsabsolventInnen zusammenhängt. In den Städten ist eine neue Schicht prekärer *white-collar*-ArbeiterInnen entstanden (in China als „Ameisen“ bezeichnet), die sich von Job zu Job und Untermiete zu Untermiete hangeln.

Das KP-Regime muss für eine Fortsetzung des wirtschaftlichen Wachstums sorgen, denn nur dann kann ein Teil der Gesellschaft erfolgreich in die Mittelschicht aufsteigen und dem Rest der ArbeiterInnen und Bauern eine Verbesserung ihrer Lage versprochen werden. Um eine weitere Eskalation der sozialen Auseinandersetzungen zu verhindern, wird das Regime seine Reformpolitik fortsetzen und dort eingreifen, wo sich die Konflikte zuspitzen. Es wird versuchen, weiterhin die Migration zu kontrollieren und den permanenten Zuzug der WanderarbeiterInnen in die Städte zu beschränken. Entscheidend für die zukünftige Entwicklung wird sein, ob die ArbeiterInnen- und Bauernkämpfe anhalten und in einen Klassenformierungsprozess münden, und ob diese Kämpfe das Regime ausreichend unter Druck setzen, ohne sich durch Integrations- und Vermittlungsangebote eindämmen zu lassen.¹

¹ Siehe zu den hier behandelten Fragen auch Pun Ngai, Ching Kwan Lee u. a., Aufbruch der zweiten Generation. Wanderarbeit, Gender und Klassenzusammensetzung in China, Hamburg / Berlin 2010; Informationen zu diesem Buch finden sich unter [www.gongchao.org].